

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

118 Kolleginnen und Kollegen, Schülerinnen und Schüler haben bei uns an der Schule, dem Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg, innerhalb von wenigen Tagen einen Brief der GEW-Schulgruppe an Bildungsministerin Gebauer unterschrieben, in dem sie eine sofortige Verbesserung der Situation verlangt haben: Teilung aller Klassen über 25 Schüler und die dafür notwendig Schaffung zusätzlicher Stellen, eine insgesamt ausreichende Zahl von Stellen für die Erteilung des notwendigen Unterrichts, Anrechnung der Lehrkräfte in OBAS oder berufsbegleitendem Studium auf den Stellenplan entsprechend der tatsächlich unterrichteten Stundenzahl, Entfristung der Zeitarbeitsverträge.

Der Hintergrund für diese Aktion unterscheidet sich wahrscheinlich nicht groß von dem an anderen Schulen und hat dort schon zu dem gleichen Unmut und zu ähnlichen Forderungen der Kolleginnen und Kollegen geführt hat.

Die Antwort des Ministeriums – wohlgermerkt nicht der Ministerin, an die der Brief adressiert war – kam zwei Monate später. Er bestand darin, uns Verwaltungsvorschriften, Erlasslage und Haushaltsbeschlüsse herunterzubeten. Der Gipfel war die Behauptung des Schreibens, dass keine Beschwerden über zu große Klassen und ausfallenden Unterricht vorliegen würden!

Das ist natürlich ein Witz. Überall revoltieren die Kolleginnen und Kollegen gegen die Situation. Briefe wie den unsrigen gibt es zuhauf – wahrscheinlich noch mehr, als wir als GEW im Moment wissen. Die Antwort zeigt, das Ministerium will diese Konflikte zurückzwingen in das Korsett des “Dienstwegs”, d.h. aber nichts anderes als in die Unterordnung unter ihre Politik. Die Ministerin selber und die Landesregierung weichen ihrer politischen Verantwortung für die desolote Situation aus und tun so, als ob sie mit dem “Lehrermangel” nichts zu tun hätten.

Sie denken, die Wut und den Widerstand im Bildungsbereich dadurch in Schach halten zu können, indem sie die Schulformen, die Statusgruppen, die Kolleginnen und Kollegen in unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen auseinander halten.

Diese Barrieren zu durchbrechen, ist aus meiner Sicht jetzt die dringendste Aufgabe, die sich uns als GEW stellt, nicht nur auf der Ebene des Stadtverbands, sondern auch auf der Ebene des Landesverbands und der GEW bundesweit.

Das gilt nicht nur für den Kampf um mehr Stellen und für eine gleichzeitige Entlastung von uns Lehrkräften. Das gilt auch für die Bezahlung. Als Arbeitskreis Angestellte Lehrkräfte in Köln waren wir nicht einverstanden mit dem letzten Tarifergebnis, u.a. deshalb, weil es bei der Eingruppierung und bei der Angleichung der Bezahlung der Angestellten an die der verbeamteten Lehrkräfte keinen Schritt vorwärts gebracht hat. Wir sind dafür, den Kampf um die gleiche Bezahlung endlich bis zu Ende zu führen, und meinen, dass die Tarifbeschäftigten selbst über den Ablauf des Tarifkampfes entscheiden können müssen. Dafür muss die GEW die entsprechenden Strukturen schaffen. Unsere Durchsetzungskraft wird sicherlich auch dadurch erhöht, wenn endlich der Kampf für die Eingruppierung der Angestellten mit dem der Beamten verbunden wird: A13 für alle Beamten und EG 14 als Eckeingruppierung für die Angestellten!

Mit der Demonstration des GEW-Stadtverbands am 9. November haben wir einen ersten Schritt in die Richtung gemacht, alle Bereiche der GEW zusammenzuführen und für gemeinsame Forderungen zu mobilisieren. Die zweite Demonstration am 6. Juni soll dafür der nächste sein.

Ich kandidiere für den geschäftsführenden Vorstand, um diese Arbeit weiter zu unterstützen.